

„Ein echter Israeli desertiert nicht“ Kriegsdienstverweigerung in Israel

Von Endy Hagen

Eine Handvoll junger Israelis sitzt um einen Tisch, Männer und Frauen, sie plaudern auf Hebräisch; nach einigen Sekunden wendet sich ein junger Mann der neben ihm sitzenden attraktiven Blondine zu. „Wir sprechen über die Armee“, sagt er auf Englisch und erklärt, wer was in der Armee gemacht hat. Dann stutzt er und sagt zu einem der Umsitzenden: „Mein Bruder, wo hast Du gedient?“ Peinlich berührt schaut sich der Angesprochene um. Unter dem Titel „Ein echter Israeli desertiert nicht“ wurde dieser kurze Spot¹ im Frühjahr 2008 im israelischen Fernsehen ausgestrahlt. Er geht einher mit einer allgemeinen Hetzkampagne gegen Deserteure und Verweigerer in den Medien sowie mit Gesetzesvorlagen, die harte Strafen für hartnäckige „Drückeberger“ vorsehen, und die Einrichtung eines zivilen Zwangsdiensts für alle, die nicht zur Armee gehen wollen, können oder dürfen.

Armee und Wehrpflicht in Israel

Am 16. Mai 1948, zwölf Tage nach der Ausrufung des Staats, erklärte die israelische Regierung den Zusammenschluss der bis dahin konkurrierenden und getrennt agierenden Untergrundorganisationen² zur Israeli Defense Force, der Israelischen Verteidigungsarmee. Bereits seit sechs Monaten tobte zu diesem Zeitpunkt der Krieg mit den arabischen Nachbarn um den Besitz des Landes. Selbstverständnis wie Struktur der israelischen Armee ist bis heute von dieser „Geburt im Kampf“ geprägt.

Verteidigung des Landes bedeutet aus Sicht der israelischen Armee und Politik immer, den Kampf auf das Territorium des Feindes zu tragen und diesen damit in die Defensive zu bringen. Um den personellen und finanziellen Erfordernissen dieser Aufgabe gewachsen zu sein, wurde ein kleines stehendes Heer geschaffen, das ausschließlich aus Offizieren und Unteroffizieren bestand. Diese stellen bis heute gemeinsam mit den Militärdienstpflichtigen den Kern der Armee. Verstärkt wird das Heer im Kriegsfall durch die Mobilisierung der Reservisten. Schätzungen gehen davon aus, dass die Gesamtstärke der israelischen Armee heute, bei einer Bevölkerung von etwa 6,8 Millionen Menschen, binnen 24 Stunden auf 630.000 Soldaten erhöht werden könnte, davon etwa 450.000 Reservisten.

Entsprechend besteht für die jüdischen Bürgerinnen und Bürger des Staates eine allgemeine Militärdienstpflicht. Beduinen und Christen können sich freiwillig zur Armee melden; drusische³ Männer sind aufgrund einer Vereinbarung einiger ihrer religiösen Führer mit dem israelischen Staat zum Armeedienst verpflichtet. Die große Mehrheit der 1,4 Millionen arabischer Bürger und Bürgerinnen Israels jedoch wird per se nicht einberufen. Die Armee fürchtet, ihre Sympathien könnten auf der Seite des Feindes liegen, und möchte ihnen keine Waffe in die Hand geben. Jüdische Männer und unverheiratete jüdische Frauen mit israelischem Pass erhalten ihre Einberufung mit achtzehn Jahren. Die Schüler der religiös-orthodoxen jüdischen Bildungsanstalten, der *Yeshivot*, sind vom Militärdienst freigestellt. Für Frauen sieht § 39 des Defense Service Law seit Mitte der achtziger Jahre ein grundsätzliches Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen vor⁴, und auch Männer können gemäß § 36 des Defense Service Law⁵ „aufgrund von Erfordernissen im

¹ <http://www.youtube.com/watch?v=jDHW1H6Nb5U>

² Irgun Zwai Leumi (Ezel), Lechi, Hagana und ihre Eliteeinheit Palmach. Hagana war die offizielle Untergrundorganisation der jüdischen Gemeinschaft Jishuv in Israel vor der Staatsgründung

³ Drusen sind Angehörige einer aus dem schiitischen Islam hervorgegangenen Religionsgemeinschaft

⁴ Section 39 of the Defense Service Law 1950 - (Consolidated Version) 1986 ('Defense Service Law')

⁵ Section 36 of the Defense Service Law 1950 - (Consolidated Version) 1986 ('Defense Service Law')

Bereich der Bildung, Sicherheit, Siedlung oder Volkswirtschaft sowie familiären oder anderen Gründen“ um Entlassung aus dem Militärdienst bitten. In einer Entscheidung des israelischen Obersten Gerichtshofs ist zu lesen, dass aus dessen Sicht unter jene „anderen“ auch Gewissensgründe subsumiert werden können.⁶

Die Dauer des Wehrdiensts beträgt für Männer drei Jahre, für Frauen zwanzig Monate. Wer sich für eine Offiziers- oder Spezialausbildung entscheidet, muss sich für ein weiteres Jahr verpflichten. Nach Ablauf des regulären Diensts sollen Männer bis zu ihrem 50. Lebensjahr mindestens einmal jährlich für ca. 30 Tage einen Reservedienst ableisten. In Zeiten mit erhöhtem Soldatenbedarf, wie z.B. während der beiden Intifadas, sind durchaus auch längere Dienstzeiten üblich. Die Altersvorschrift scheint heute nur noch auf dem Papier zu existieren: Die Mehrzahl der Männer über 40 Jahren wird nicht mehr zum Reservedienst aufgerufen. Vermutlich werden aufgrund der effizienteren Militärtechnologie heute weniger SoldatInnen benötigt; zudem gelten ältere ReservistInnen als weniger manipulierbar und kritischer. Unverheiratete Frauen werden bis zu ihrem 24., in manchen Einsatzbereichen auch bis zu ihrem 34. Lebensjahr zum Reservedienst herangezogen. Sie werden in erster Linie als Ausbilderinnen im umfangreichen Bildungs- und Erziehungsprogramm der Armee, aber auch bei der Krankenpflege, Kommunikation und Verwaltung sowie dem Geheimdienst eingesetzt. Aber natürlich gibt es inzwischen auch Soldatinnen in Kampfeinheiten.

Nation und Armee

Der Hinweis, „ein echter Israeli“ desertiere nicht, kommt nicht von ungefähr. Eines der wesentlichen Kennzeichen der Staatsbürgerschaft ist in jedem modernen Nationalstaat die Verpflichtung, für diesen Staat mit Waffengewalt einzutreten. Dienst in der Armee und Staatsbürgerschaft werden damit quasi zu Synonymen, und der Einsatz des eigenen Lebens für das Bestehen des Gemeinwesens gilt als höchstes Opfer, das diesem gebracht werden kann. Kein Wunder also, dass in der heterogenen Einwanderergesellschaft Israels die Teilnahme am Armee- und Reservedienst bis heute quasi als Beweis dafür gilt, dass man oder frau ein „richtiger“ Israeli ist. Auch das während des Armeediensts geförderte und geforderte Kollektivbewusstsein und Solidaritätsgefühl gegenüber der eigenen Gruppe wird in der israelischen Gesellschaft sehr hoch bewertet, war doch die gesamte Geschichte des Landes, das in erster Linie aufgrund der Verfolgung der Juden in Europa entstanden ist, von Kriegen und kriegerischen Konflikten begleitet.

Höchster Ausdruck der Erfüllung staatsbürgerschaftlicher Verpflichtungen ist dann folgerichtig der Dienst in den Kampfeinheiten der Armee, und das Idealbild des Staatsbürgers ist der Kampfoffizier. Selbst engagierte Vertreter der israelischen Friedensbewegung betonen, dass man den Offiziersrang in Israel nicht geschenkt bekomme. Bei israelischen Offizieren handele es sich um hoch qualifizierte und einsatzbereite Leute, deren Kritik an der Armee umso ernster zu nehmen sei. Dies ist faktisch zwar richtig, die zugrunde liegende Logik hat jedoch fatale Konsequenzen. Der niedrigere soziale Status all jener, die per Gesetz, Geschlecht, Religion oder Physis vom Dienst mit der Waffe bzw. den Aufstiegsmöglichkeiten innerhalb der Militärhierarchie ausgeschlossen sind, ist damit festgeschrieben. Schlimmer noch: Wenn der Dienst mit der Waffe zur Verteidigung des Staates gesamtgesellschaftlich als normal gilt, müssen alle, die dieser Verpflichtung nicht nachkommen dürfen oder können, als unnormal und anders erscheinen.

Dies trifft besonders die palästinensischen Bürger und Bürgerinnen Israels: Ohnehin in zahlreichen Bereichen materiell und sozial benachteiligt, ist ihnen auch der gesellschaftliche Aufstieg über die Armee verwehrt. Und fordern sie gleiche Rechte, wird ihnen selbst vom

⁶ http://www.asf.be/publications/publications_is_pal_rapport_refusniks_2003_EN.pdf, Seite 11

liberalen Mainstream vorgehalten, sie erfüllten ja auch nicht die gleichen Pflichten wie ihre jüdischen Mitbürger, da könnten sie doch nicht auch die gleichen Rechte beanspruchen. Auch israelische KriegsdienstverweigererInnen treffen auf verschiedenen Formen von Diskriminierung. Diese Diskriminierungen sind nicht explizit vorgeschrieben, sondern beruhen darauf, dass KriegsdienstverweigererInnen die ‚normalen‘ Auswahlkriterien nicht erfüllen bzw. erfüllen können. So haben sie z.B kaum Aussicht auf Bewilligung eines Studienstipendiums. Im Antragsformular wird nämlich ausdrücklich gefragt, was der/die Betreffende in der Armee getan bzw. warum er oder sie nicht gedient hat. Die Erfolgsaussichten steigen in der Regel mit dem Dienstgrad in der Armee. Gleiches gilt bei Bewerbungen aller Art, auch wenn es heute im privaten Sektor ArbeitgeberInnen gibt, die andere Kriterien anlegen. Eine Ausbildung oder Beschäftigung in sicherheitsrelevanten Bereichen, wozu z.B. auch der staatliche Energie- und Wassersektor oder die Arbeit an staatlichen Bauprojekten gehören, ist israelischen StaatsbürgerInnen, die keinen Wehrdienst geleistet haben, meist ohnehin verschlossen, da sie als Sicherheitsrisiko gelten.

Armee im Wandel

Mit der Globalisierung und dem ökonomischen Wandel Israels in den 1980er Jahren hat das Land das spartanische Ethos der frühen Jahre aufgegeben und sich auf den Weg zur westlichen Konsumgesellschaft gemacht.

Zwar gilt immer noch, dass die meisten israelischen Politiker und Wirtschaftsführer zuvor hohe Offiziere der Armee waren, doch der seinerzeit mit der militärischen Karriere geradezu zwangsläufig einhergehende Erfolg im Zivilleben ist heute nicht mehr garantiert. So ist die Motivation zum Armeedienst zwar immer noch sehr hoch, jedoch eher bei den unteren Schichten, den Neueinwanderern aus Russland sowie den *Mizrahim*, den Einwanderern aus den arabischen Staaten und deren Nachkommen. Sie hoffen, durch den Armeedienst sozialen Aufstieg und Anerkennung zu erringen. Die aschkenasische⁷ Elite hingegen weiß es besser und sattelt um.

Auch die Weiterentwicklung der Waffentechnik hat die Bedeutung der Armee verändert. Die militärischen Konzepte der 50er und 60er Jahre verließen sich auf starke Bodentruppen und Panzerdivisionen. Doch spätestens als im 2. Golfkrieg irakische Scud-Raketen auf Israel fielen und der Einsatz chemischer Kampfstoffe drohte, war klar, dass die Armee dringend umstrukturiert werden musste. Personalintensive Infanterie- und Panzereinheiten konnten solchen Bedrohungen nichts entgegensetzen; ihr Budget wurde zugunsten des technologischen Ausbaus der Luftwaffe zusammengestrichen.⁸

Diese Entwicklung kollidiert mit den Besatzungsaufgaben der Armee. Für die mit einer Besatzung einhergehenden Polizeiaufgaben werden in erster Linie SoldatInnen benötigt; sie lassen sich mit einer hoch technologisierten Armee nicht lösen. Der Oslo-Prozess hatte ein Ende der Auseinandersetzungen mit der palästinensischen Bevölkerung bringen sollen und der Ausbruch der Zweiten, der Al-Aksa-Intifada im Herbst 2000 überraschte die israelische Gesellschaft zu einem Zeitpunkt, zu dem sie eigentlich begonnen hatte, sich von dem Gedanken einer Armee des ganzen Volkes zu lösen.

Doch unabhängig von diesen Veränderungen braucht ein Land, dessen Alltag von militärischen Auseinandersetzungen und Kriegsszenarien geprägt ist, einen ideologischen Konsens, der militärische Gewalt und den Einsatz wie die Vernichtung von Menschenleben nicht nur rechtfertigt, sondern auch billigt.

⁷ Nachkommen der aus Nord- und Osteuropa eingewanderten Juden und Jüdinnen

⁸ Roni Ben Efrat: "Goliath Outmoded: Recent Studies on the Choices before Israel's Army"; Challenge - A Magazine Covering the Israeli-Palestinian Conflict, P.O.Box 41199, Jaffa 61411, Israel, No. 53, Jan./Feb. 1999.

Kein Raum für „Drückeberger“

In Israels Kindergärten und Schulen wird großer Wert gelegt auf die Vermittlung der jüdischen Verfolgungsgeschichte, aber auch der siegreichen Kämpfe. Erfolge und Niederlagen werden nachempfunden in Liedern, Geschichten und Spielen. Immer wieder wird deutlich gemacht, dass nur eine starke, durchsetzungsfähige israelische Armee das Überleben des jüdischen Volks und Israels Sicherheit gewährleisten könne. Soldaten und Offiziere sind offiziell an israelischen höheren Schulen stationiert, um die Jugendlichen zum Armeedienst zu motivieren; in einer Jugendorganisation der Armee, *Gadna*, erhalten Jugendliche detaillierte Informationen über den Wehrdienst, aber auch Unterricht im Umgang mit Waffen, Kampfdoktrin und -moral. 2007 nahmen etwa ein Viertel der rund 70.000 israelischen Elftklässler am *Gadna*-Programm teil, das Bildungsministerium wollte ihre Zahl aber deutlich steigern und Schulen mit einer hohen TeilnehmerInnenzahl sollten nicht näher genannte „Vorzüge“ genießen. Zu den vom Programm betonten Werten gehört „die Verpflichtung des Einzelnen, während seines Armeedienstes all seine Fähigkeiten einzusetzen, um die Existenz und Sicherheit des Staates zu gewährleisten. Dies ist die erste Pflicht des Bürgers.“⁹

Auch die zahlreichen Gedenktage, die innerhalb der Kindergärten und Schulen, aber auch in großen öffentlichen und in der Regel militärisch ausgerichteten Feiern begangen werden und an denen die Schüler aktiv mitwirken sollen, fördern neben dem Bewusstsein für die eigene Geschichte ein starkes Nationalgefühl. Wie jedes Nationalgefühl bezieht auch das israelische Nationalgefühl seine Kraft aus der Abgrenzung von dem oder den Anderen und der Betonung der eigenen Eigentümlichkeit und Besonderheit. Vor dem Hintergrund der jüdischen Geschichte ist das Gefühl dieser eigenen Besonderheit aber auch geprägt durch die Erfahrung und Erinnerung an Jahrhunderte lange Verfolgung, Diskriminierung und das Trauma des Holocausts. Das Bewusstsein der Verantwortung gegenüber der eigenen Gemeinschaft und die damit einhergehende Verpflichtung, selbst einen aktiven Beitrag zu deren Entwicklung und Aufbau zu leisten, sind in der israelischen Gesellschaft seit langem selbstverständlich. Vor diesem Hintergrund ist zu verstehen, dass es in Israel bislang keine pazifistische Bewegung gegeben hat, wie sie aus Europa oder den Vereinigten Staaten bekannt ist; ebenso wenig gab es Proteste gegen Rüstungsexporte und -industrie oder Atomwaffen.

Tatsächlich lehnt die breite israelische Friedensbewegung militärische Maßnahmen nicht grundsätzlich ab: Ihr Widerspruch zur Regierungspolitik und der öffentlichen Meinung besteht darin, dass sie nicht die Politik der arabischen Staaten und der PalästinenserInnen, sondern die Politik der israelischen Regierung für die Fortsetzung des Nahostkonflikts verantwortlich macht. Und nur insofern kritisiert sie auch die zur Durchsetzung dieser Politik stattfindenden Militäreinsätze. Dabei betonen die meisten Verweigerergruppen gerade ihre Verbundenheit mit dem israelischen Staat und beschuldigen die Regierung, mit ihrer Politik zu dessen Untergang beizutragen. Hierfür ist auch bezeichnend, dass die Mehrzahl der Initiativen der israelischen Friedensbewegung bis zur Zweiten Intifada im Herzen der Armee entstanden.

Die israelische Verweigererbewegung bis 2000

Nach dem überwältigenden Sieg im Sechs-Tage-Krieg von 1967 war die Euphorie in Israel und die Begeisterung für seine Armee und ihre Taten besonders groß. Nicht nur hatte Israel innerhalb kürzester Zeit eine gewaltig erscheinende Übermacht besiegt, auch die Moral seiner Streitkräfte schien außer Zweifel zu stehen.¹⁰ Zwar äußerten in den folgenden Jahren

⁹ Or Kashti: „New IDF Gadna youth program criticized as overly militaristic“, Haaretz, 01.01.2007

¹⁰ Siehe etwa die Sammlung von Diskussionen junger Soldaten aus der Kibbuzbewegung, in denen diese ihre Erfahrungen und moralischen Werte aus den Tagen des Kampfes erörtern; Kibbuzbewegung (Hrsg.): Gespräche mit israelischen Soldaten; Joseph Melzer Verlag, 1970

zionistische wie antizionistische Kreise Kritik an der Fortführung der Besetzung, praktischen Ausdruck fand dies jedoch zu diesem Zeitpunkt kaum. Bis 1970 wurden nur etwas mehr als 100 Verweigerer gezählt. Allerdings wird sich eine beachtliche Zahl von Reservisten vermutlich schlicht mit ihren Vorgesetzten geeinigt haben, so dass sie nicht in den Besetzten Gebieten zum Einsatz kam.

Erst mit dem Yom-Kippur-Krieg von 1973 kam der Mythos von der unbesiegbaren israelischen Armee ins Wanken und in den folgenden Jahren machte sich eine diffuse Unzufriedenheit breit. Als der damalige Ministerpräsident Menachem Begin auch noch Unwillen gegenüber einem Friedensabkommen mit Ägypten und der Rückgabe des Sinai zeigte, unterschrieben 350 Offiziere einen Brief, in dem sie ihn aufforderten, diese Haltung aufzugeben. Insgesamt 10.000 Unterschriften wurden gesammelt. Am Vorabend der Abreise Begins nach Ägypten demonstrierten in Tel Aviv 100.000 Israelis für einen Friedensschluss. Der Brief der Offiziere gilt als Ausgangspunkt der Friedensbewegung *Peace Now*¹¹ (Frieden jetzt).

Die erste jüdisch-israelische Verweigererwelle erlebte das Land im Zuge des Libanonfeldzugs 1982 und in dieser Zeit wurde auch die Gruppe *Yesh Gvul* (Es gibt eine Grenze) gegründet. Im Gegensatz zur damals noch großen und sehr aktiven israelischen Friedensorganisation *Peace Now* war *Yesh Gvul* nicht der Auffassung, Politik habe während des Militärdiensts zurückzustehen und für Tränen und Protest sei erst nach dessen Beendigung Platz. Mit ihrer Parole "We don't shoot, we don't cry, we don't serve in the territories!"¹² machte sie sich daran, die steigende Zahl der Verweigerer, der Refuseniks, zu organisieren. Insbesondere die Massaker der christlichen Milizen in den palästinensischen Flüchtlingslagern von Sabra und Shatila hatten zu erheblichen Protesten innerhalb der israelischen Gesellschaft geführt und immer mehr Reservisten kamen zu der Auffassung, bei diesem Feldzug handele es sich um einen Akt überflüssiger Aggression, und verweigerten den Einsatz im Libanon.

Es entstand ein Konzept der selektiven Verweigerung, welches den Gedanken des zivilen Ungehorsams auf den militärischen Bereich übertrug. Soldaten und Offiziere der israelischen Armee verweigerten den Dienst an bestimmten Orten oder bestimmte Arten des Einsatzes, weil sie diese für nicht rechtmäßig oder für moralisch oder politisch abstoßend hielten. Dabei beriefen (und berufen) sich die Refuseniks auf ein israelisches Militärgesetz, welches jeden Soldaten ausdrücklich verpflichtet, einen *flagrantly illegal order*, einen ganz offensichtlich illegalen Befehl, zu verweigern. Dieses Gesetz wird an israelischen Schulen unterrichtet, erläutert und diskutiert.

2.000 Reservisten traten während des Libanonkrieges *Yesh Gvul* bei und weigerten sich, im Libanon zu dienen. Bis zum Ende des Feldzugs verbüßten 168 von ihnen deswegen – zum Teil mehrfach – Haftstrafen. Nach dem Libanonkrieg ging die Zahl der selektiven Verweigerer deutlich zurück. Nur von drei oder vier Soldaten pro Jahr ist bekannt, dass sie den Dienst im weiterhin besetzten Südlibanon, in Westbank oder Gaza in dieser Zeit verweigert haben.

Erst mit Beginn der Ersten Intifada 1987 stieg ihre Zahl wieder an. Aufsehen erregte im Oktober 1987 der Brief einer Gruppe von Schülern an den Verteidigungsminister, in dem sie ankündigten, nicht jenseits der Grünen Linie¹³ dienen zu wollen. Im Dezember des gleichen Jahres weigerten sich 160 Reservisten, Bevölkerungsunruhen in den besetzten Gebieten niederzuschlagen, waren aber bereit, dort andere Aufgaben zu übernehmen. Mitte Februar 1988 rief das Knesset-Mitglied Ya'ir Tzaban, der der linken Gruppierung *Mapam* angehörte, auf einer Demonstration von *Peace Now* in Jerusalem dazu auf, die Ausführung illegaler Befehle zu verweigern. In der Woche zuvor waren vier junge Soldaten vors Militärgericht

¹¹ hebräisch: Shalom Achshav

¹² "Wir schießen nicht, wir weinen nicht, wir dienen nicht in den Gebieten!"

¹³ Als Grüne Linie wird die Grenze zwischen Israel und den Besetzten Gebieten bezeichnet. Israel hat keine definierte oder international anerkannte Grenze.

gestellt worden, weil sie sich geweigert hatten, „arabische Bürger zu schlagen, bis ihre Knochen brechen“, wie es im Befehl lautete. *Yesh Gvul* gab bekannt, 260 Reservisten hätten angekündigt, solche Befehle zu verweigern. „Jetzt hatten jene, die ethische oder politische Einwände gegen den Militärdienst, den Dienst in den besetzten Gebieten oder gegen die Teilnahme an bestimmten repressiven Militäraktionen hatten, eine Gruppe Gleichgesinnter, mit denen sie sich identifizieren konnten und von denen sie unterstützt wurden“, beschreibt Rabbi Jon-Jay Tilsen von der Vereinigung der Synagogen für konservativen Judentum die damalige Situation.¹⁴

Man geht von etwa 2.000 Soldaten aus, die in den Folgejahren den Dienst in den besetzten Gebieten ablehnten. Etwa 200 von ihnen wurden inhaftiert, unter ihnen eine unverhältnismäßig große Zahl von Kampfoffizieren der Reserve.

Nach dem Abflauen der Intifada und während des Oslo-Prozesses passte sich die Zahl der Refuseniks dem Engagement der übrigen israelischen Friedensbewegung an. Wie sich diese, von wenigen Ausnahmen abgesehen, darauf verließ, dass die Regierung den Konflikt schon in ihrem Sinne regeln würde, so sank die Zahl der Verweigerer rapide auf zwei, drei pro Jahr und stieg erst im Laufe der Al-Aksa-Intifada wieder an.

Die israelische Verweigererbewegung seit der Zweiten Intifada

Bis 2000 hatte unter israelischen Verweigerern das Phänomen der selektiven Verweigerung dominiert. Es war selbstverständlich, dem Staat mit der Waffe in der Hand zu dienen – Differenzen gab es lediglich darüber, wann und wo dies richtig und notwendig sei. Auch waren die Reservisten Träger der Bewegung; die Wehrpflichtigen leisteten ihren Armeedienst regelmäßig ab. Dies änderte sich im Zuge der Al-Aksa-Intifada: Erstmals verweigerte eine größere Zahl junger jüdisch-israelischer Wehrpflichtiger den Militärdienst – und dies nicht nur in den Besetzten Gebieten, sondern auch in den Versorgungseinheiten und im israelischen Kernland. Sie waren der Meinung, mit einer Teil-Verweigerung nur andere Soldaten für eben jenen Dienst freizustellen, den sie selbst nicht ausüben wollten. Diese für Israel bislang unbekannt Form der Verweigerung wird dort Totalverweigerung genannt. Ihre besondere Bedeutung für die israelische Gesellschaft liegt in ihrem offenen Bruch mit dem herrschenden Konsens, dem zufolge das Überleben Israels nur mit einer starken Armee sichergestellt werden kann.

Zur Frage eines Ersatzdiensts vertreten die Verweigerer unterschiedliche Positionen. Allerdings meldete sich eine überraschend große Zahl zum *national service*¹⁵, um damit explizit dem Vorwurf entgegenzutreten, sie seien individualistisch und eigennützig und wollten nur ihren Beitrag zur Gesellschaft nicht leisten.

Im August 2001 schrieben 62 israelische *Shministim*, das sind die Schüler der 12. Klassen, an den damaligen israelischen Premierminister Ariel Sharon, einen Offenen Brief. Schnell stieg die Zahl der UnterzeichnerInnen auf 300. Die zwischen 15 und 18 Jahre alten Schüler und Schülerinnen kritisierten die Politik der israelischen Regierung in den Besetzten Gebieten. Einige kündigten an, den Armeedienst insgesamt, andere den Einsatz in Westbank und Gazastreifen und/oder bei den Bodentruppen zu verweigern. Ihre Position begründeten sie mit dem der palästinensischen Bevölkerung zugefügten Leid, der Verletzung der Menschenrechte durch die israelische Armee in den Besetzten Gebieten, den Häuserzerstörungen, Festnahmen und Liquidationen. Sie plädierten für einen gerechten Frieden zwischen dem israelischen Staat und dem palästinensischen Volk. Ihre Kritik galt auch den 1993 unterzeichneten Osloer

¹⁴ Rabbi Jon-Jay Tilsen: *Conscientious Objection to Military Service in Israel*; <http://www.beki.org/conscientious.html>

¹⁵ Der israelische *national service* war bis dato eine freiwillige Einrichtung, am ehesten mit dem Freiwilligen Sozialen Jahr in Deutschland vergleichbar. Frauen können anstelle des Wehrdiensts *national service* leisten, müssen hierzu allerdings erhebliche Hürden überwinden.

Verträgen. Die *Shministim* erklärten, diese hätten ausschließlich Israel (und den USA), vielleicht noch der palästinensischen Bourgeoisie, keinesfalls jedoch der palästinensischen Bevölkerung nutzen sollen, und einen gerechten Frieden daher von vornherein ausgeschlossen.

Die Jugendlichen waren nicht blind gegenüber der Korruption in der Palästinensischen Autonomiebehörde und den innerpalästinensischen Problemen und Missständen in Westbank und Gaza. Sie rückten jedoch Israels Status als Besatzungsmacht in den Vordergrund. Aufgrund dieses Status müsse Israel als erstes seine Verpflichtung und Verantwortung für die derzeitige Situation anerkennen. Ein gerechter Frieden, gleich ob in einem binationalen oder zwischen zwei unabhängigen Staaten, könne nur zustande kommen, wenn zuerst Israel diese Verantwortung übernehme und in der Folge die Interessen beider Seiten in gleicher Weise berücksichtigt würden. Diese Argumentation ist exemplarisch für die politische Argumentation der meisten TotalverweigererInnen.

Die Unterzeichner des Briefes der Offiziere vom 25. Januar 2002, die dann die Gruppe *Courage To Refuse* (Mut zur Verweigerung) gründeten, befürworteten den Dienst in der israelischen Armee durchaus. Sie betonten ihre Verdienste in der Armee und ihre Bereitschaft, für ihr Land zu kämpfen. Unterzeichnen durften den Brief nur Offiziere, am besten sollten es Offiziere aus Kampfeinheiten sein, da deren Loyalität gegenüber dem israelischen Staat nicht in Frage stehe. Um sich nicht dem Vorwurf der Denunziation ihres Landes auszusetzen, gab die Gruppe ausländischen Journalisten lange Zeit keine Interviews. Sie verstand sich ausdrücklich nicht als politische Organisation und wollte auch ihre Ziele nicht politisch verstanden wissen.

Ihre Weigerung, Dienst in den Besetzten Gebieten zu leisten, begründeten die Offiziere damit, dass die dortigen Militäreinsätze nicht der Sicherheit ihres Landes dienen würden. Die Einsätze führten lediglich zu einer Verlängerung und Ausweitung des Konflikts und nutzten ausschließlich den SiedlerInnen und dem Erhalt der Siedlungen. Der Einsatz inhumaner Methoden beschädige die Moral der israelischen Armee und das Ansehen des Staates. Auch stehe er in Widerspruch zu den Werten, die zu achten man die Unterzeichner erzogen habe. „Die Wahrheit ist, dass die meisten der Verweigerer zu ihrem Entschluss gekommen sind, weil sie den ‚Alltag‘ in den besetzten Gebieten erlebt haben“, schrieb Michael Sfard, Rechtsanwalt und Mitunterzeichner der Petition in der englischen Tageszeitung *The Observer* am 19. Mai 2002.

Aufgrund des hohen Ansehens, das Offiziere in der israelischen Bevölkerung genießen, erregte *Courage to Refuse* großes Aufsehen. Die Zahl der Unterzeichner ihres Aufrufs verzehnfachte sich schnell, bis 2003 hatten etwa 630 Soldaten unterzeichnet.

Schaut man heute auf die Website der Gruppe, so sieht man, dass diese seit 2005 nicht mehr aktualisiert worden ist. Ehemaligen Mitgliedern zufolge wurden die Aktivitäten damals weitgehend eingestellt. Heute existiert die Gruppe nur noch dem Namen nach, ist aber nicht mehr aktiv. Die Haltung der Gruppe zum Libanonfeldzug war gespalten. Einige haben die Waffe wieder in die Hand genommen und sind in den Krieg gezogen, weil sie glaubten, er diene der Sicherheit ihres Landes.

Eine ähnliche Position wie *Courage to Refuse* vertraten 27 Piloten der israelischen Luftwaffe. Im September 2003 verweigerten sie die Durchführung „unmoralischer und illegaler Befehle“. Ausgelöst worden war die Erklärung durch die hohe Zahl toter Zivilisten bei „gezielten Liquidationen“ von Palästinenserführern durch die israelische Luftwaffe. Am Ende ihres Offenen Briefs konstatierten die Piloten, die Besatzung korrumpiere Israel und gefährde seine Sicherheit.

Neun dieser Verweigerer standen noch im aktiven Dienst. Sie erhielten Flugverbot, ihre Dienstzeiten wurden gekürzt, eine Berufung gegen diese Entscheidung wurde ihnen verweigert. Alle Unterzeichner wurden als Meuterer diffamiert und Verteidigungsminister Shaul Mofaz erklärte: „Der Brief der Verweigerer ist ein Ausdruck überheblicher

Scheinheiligkeit und Arroganz und schadet ihren Waffenkameraden und allen Piloten der Luftwaffe. (...) Der Brief der Verweigerer gibt den gesetzlosen Mitgliedern terroristischer Organisationen moralische Unterstützung.”¹⁶ Tagelang füllten die Piloten die Schlagzeilen der israelischen Presse. Manche hielten dem enormen Druck, dem sie ausgesetzt waren, nicht stand und zogen ihre Unterschrift zurück, doch andere traten an ihre Stelle.

Im Dezember 2003 zogen 13 Mitglieder der Eliteeinheit *Sayeret Matkal* nach. Die Mitglieder dieser Anti-Terror-Einheit sind spezialisiert auf Attentate und Rettungsaktionen. *Sayeret Matkal* kam u.a. bei der Geiselfreiung in Entebbe, 1976, zum Einsatz. Israelische Premierminister wie Ehud Barak und Benjamin Netanyahu, Generalstabschefs wie Moshe Ya’alon und der Direktor des Inlandsgeheimdienstes *Shin Beth*, Avi Dichter, haben in ihr gedient. Alle 13 Unterzeichner waren Berufssoldaten und noch im aktiven Dienst. Auch sie wurden massiv unter Druck gesetzt und vom Dienst suspendiert. Über sie berichtete die israelische Presse weitaus weniger. Armee und Regierung hatten aus den Erfahrungen der Vergangenheit gelernt und wollten ihrer Elite keine öffentliche Plattform mehr bieten. Bekanntheit erlangte nun auch die vermutlich älteste Verweigererbewegung Israels, die vom 1972 gegründeten *Druze Initiative Committee* unterstützt wird. Dass es sich bei den drusischen Verweigerern meist um Totalverweigerer handelt, ergibt sich aus ihrem Selbstverständnis als Teil der arabischen Gesellschaft. „Sie sind meine Leute, ich kann nicht gegen sie kämpfen“, so Waseem Hir, ein junger drusischer Schauspieler, im Oktober 2006.¹⁷ Bis in die Zweite Intifada hinein war von den drusischen Verweigerern im jüdischen Israel wenig bekannt. Drusen und Juden leben völlig voneinander getrennt, in unterschiedlichen Regionen und Kulturen. Begegnungen gab es bis dato meist nur in der Armee, jetzt gibt es auch in der Verweigererbewegung Berührungspunkte.

Auch *Yesh Gvul* war während der Zweiten Intifada sehr aktiv. Sie beriet potentielle Verweigerer, unterstützte sie im Falle der Inhaftierung, organisierte Demonstrationen – und radikalisierte sich. Dies ist laut Ishai Menuchin, einem der Sprecher von *Yesh Gvul*, auch nur folgerichtig. „Wir haben unsere Position nicht verändert. Wir standen immer an der Grenze der israelischen Gesellschaft. Der Unterschied ist nur, dass sich die Grenze verschoben hat.“¹⁸ *Yesh Gvul* scheut sich nicht, israelische Militäraktionen als Kriegsverbrechen zu bezeichnen, und fordert deren Verfolgung vor einem internationalen Gerichtshof. Dass Generalmajor Doron Almog sich bei der Ankunft in Großbritannien im Flugzeug versteckte, um nicht verhaftet zu werden, dass gegen den Chef des israelischen Inlandsgeheimdienstes, Avi Dichter, in den USA ermittelt wird und der Generalstaatsanwalt der Armee den Brigadegeneral Avi Kochavi gewarnt hat, aufgrund möglicher Strafverfolgung britischen Boden lieber nicht zu betreten, ist ein Hinweis auf die Wirksamkeit der Arbeit der Gruppe.

Auch wenn sich *Yesh Gvul* weiterhin nicht als pazifistische Organisation versteht und nicht grundsätzlich gegen den Dienst in der israelischen Armee ist, so vertreten ihre Mitglieder hierzu inzwischen unterschiedliche Positionen.

Im Juni 2004 trat eine neue, überraschende Initiative an die israelische Öffentlichkeit: *Breaking the Silence*. Unter dem Titel „Bringing Hebron to Tel Aviv“ eröffneten ehemalige Soldaten in der Gallery of Geographic Photography im Tel Aviver Stadtteil Yad Eliahu eine Ausstellung. 6.000 Menschen aus dem ganzen Land kamen im Laufe des Monats, um die Bilder, Texte und Videoaufnahmen zu sehen, die die Erfahrungen der Soldaten der Nahal-Brigade im palästinensischen Hebron, Westbank, wiedergaben. „Viele (der Besucher) waren selbst Soldaten, und viele dieser Soldaten kamen mit ihren Familien und erzählten diesen in der Ausstellung, was sie während ihres Militärdienstes getan und gefühlt haben.“¹⁹ Am 22. Juni 2004 durchsuchte die Militärpolizei die Ausstellung und beschlagnahmte einen Ordner

¹⁶ Zvi Zrahiya: “Mofaz accuses refusenik pilots of giving moral support to terrorists”, Haaretz, 30.09.2003

¹⁷ „Crack the obedience wall“, Video, November 2006, zu beziehen über www.connection-ev.org

¹⁸ Yishai Menuchin in einem Interview mit der Autorin, September 2006

¹⁹ Aus einer E-Mail von New Profile vom 08. Juli 2004

mit Zeitungsausschnitten über die Ausstellung und ein Videoband, auf dem etwa siebzig Soldaten über ihre Erfahrungen in Hebron berichteten. „Wir hatten erwartet, dass die Armee den obersten Ausbildungsoffizier schicken würde oder vielleicht sogar den Wehrdisziplinaranwalt, um aus den Zeugnissen der Soldaten zu lernen, denn unsere Hauptbotschaft war, dass jeder achtzehnjährige Soldat solchen Situationen ausgesetzt sein wird. Stattdessen haben sie die Militärpolizei geschickt. (...) Sie versuchen uns und andere Soldaten, die sich bereit erklärt haben, sich an dem Projekt zu beteiligen, einzuschüchtern.“²⁰ Ziel von *Breaking the Silence* war es, die innerisraelische Diskussion über die Besatzung und ihre Folgen anzuregen. Deshalb gaben auch ihre Vertreter ausländischen Pressevertretern zunächst keine Interviews. Inzwischen jedoch touren sie mit ihrer Ausstellung durch die USA und führen Touristen und Interessierte durch Hebron, um ihnen einen Eindruck von der Komplexität des Besatzungsalltags zu vermitteln.²¹ Zur Frage der Kriegsdienstverweigerung schweigt die Gruppe, um nicht an Reputation innerhalb der israelischen Gesellschaft zu verlieren.

Ebenfalls 2004 gewann erstmals in der israelischen Geschichte eine explizit feministisch begründete Verweigerung die Aufmerksamkeit der Medien. „Die Armee ist hierarchisch und gewalttätig und ermutigt zu sexueller Gewalt gegenüber Schwächeren“, argumentierte die 19-jährige Idan Halili. Sie führte die zunehmende Gewalt innerhalb jüdisch-israelischer Familien auf das gewalttätige Klima zurück, das in einer Armee herrsche, und stellte den Zusammenhang zwischen Waffenbesitz und -gebrauch her. „Viele der in Israel ermordeten Frauen sind von ihren Partnern mit den Waffen umgebracht worden, die diese bei ihren Jobs bei den Wach- und Schutzdiensten erhalten.“²² Idan Halili wurde mehrfach in Arrest geschickt, ehe die Armee sie schließlich als ‚untauglich‘ aus dem Dienst entließ. Die meisten anderen Verweigerinnen blieben selbst innerhalb ihrer eigenen Bewegung eher unbemerkt, da die Armee sie mit wenigen Ausnahmen relativ problemlos ausmusterte. Im Mittelpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit standen die vom Staat und der Armee verfolgten Männer im Arrest oder der Haft; die jungen Frauen packten Pakete und fungierten als Unterstützerinnen im Hintergrund. Mit der Zeit begannen Frauen ihre Unzufriedenheit mit dieser Situation zu thematisieren und weigerten sich, sich weiter als Dienstleisterinnen funktionalisieren zu lassen. Wesentliche Unterstützung erhielten sie dabei von Aktivistinnen von *New Profile*²³, einer 1999 entstandenen Gruppierung, die Feminismus und Antimilitarismus bewusst verbindet. Ihr ist auch zu verdanken, dass es in der israelischen Linken heute zumindest Ansätze einer Diskussion über die Hierarchisierung von Widerstandsformen entlang der Kategorien Wagemut und Militanz gibt. „Doch in vielerlei Hinsicht ist das Bild, das sich die Verweigererbewegung vom inhaftierten Verweigerer macht, eine Kopie der militaristischen Vorstellung von dem Helden, der für das Wohl der Allgemeinheit leidet. Aus der Perspektive des Kampfs gegen den Militarismus in der israelischen Gesellschaft – und nicht nur gegen die aus dem Militarismus resultierende israelische Politik – steht sich diese Art des Kampfes in gewisser Weise selbst im Weg.“²⁴ Anfang 2006 erhielt die Verweigererbewegung durch eine höchst bemerkenswerte Initiative Zulauf: Ehemalige palästinensische Kämpfer taten sich mit israelischen Verweigerern zusammen und gründeten die Gruppe *Lochamim leSchalom* – Kämpfer für den Frieden.²⁵

²⁰ Jonathan Lis: „IDF raids photo exhibit of soldiers who served in Hebron“, Haaretz 23.06.2008 (Onlineausgabe)

²¹ Weitere Informationen unter www.shovrimshatika.org

²² „Crack the obedience wall“, a.a.O.

²³ www.newprofile.org

²⁴ Ruth Hiller und Sergey Sandler: „A Matter of Conscience: Militarism and Conscientious Objection to Military Service in Israel“ in Murray Polner & Stefan Merken, „Peace, Justice & Jews: Reclaiming Our Tradition“ (Bunim & Bannigan)

²⁵ www.combatantsforpeace.org

Ausgegangen war die Initiative von ehemaligen Mitgliedern der Eliteeinheit *Sayeret Matkal* und Piloten. „Verweigerung“, so erläuterte einer ihrer Vertreter in einem Interview, „ist eine sehr machtvoll, aber passive Angelegenheit. Du sagst nur ‚Nein‘. Du bietest keine Alternative. Wir dachten uns, wenn wir Partner fänden, jemand (...) von der anderen Seite der Mündung der Waffe, der auch den Mut hätte zu sagen: ‚Ich habe aus so vielen Gründen Gewalt angewandt, und jetzt sehe ich, dass auch meine Gewalt die Gewaltspirale vorantreibt‘ ... Wenn wir auf der anderen Seite solche Leute fänden und mit ihnen gewaltfrei zusammenarbeiten könnten, um unsere Ziele zu erreichen, dass dies stärker wäre als nur die passive Verweigerung.“²⁶

Die ersten Kontakte gestalteten sich schwierig, schließlich mussten beide Seiten fürchten, in eine Falle zu geraten. Zahlreiche Treffen waren notwendig bis die Gruppe Anfang 2006 an die Öffentlichkeit gehen konnte. Basis der Zusammenarbeit ist die Entscheidung für die Gewaltfreiheit. „Wir wollen eine friedliche Zwei-Staaten-Lösung, basierend auf Gleichheit und Menschenrechten.“ so Osama Abukaresh, einer der palästinensischen Koordinatoren der Gruppe. „Wir wissen um die Gewaltspirale und wie sie das Leiden verlängert und nicht mildert. Gewaltfreiheit ist ebenso ein Mittel wie Gewalt; uns erscheint sie weitaus effektiver.“

²⁷ Die Gruppe führt regelmäßig öffentliche Treffen ehemaliger Kämpfer durch, sie geht in israelische und palästinensische Schulen und spricht mit den Jugendlichen. Dabei geht es ihr nicht um eine ‚Normalisierung‘ der Beziehungen zwischen Israelis und Palästinensern. Sie hat ein politisches Ziel: die möglichst baldige Beendigung der Besatzung und Ost-Jerusalem als Hauptstadt der PalästinenserInnen. Ein reines Dialogprojekt würde unter Palästinensern auch kaum auf Interesse oder Akzeptanz stoßen: „Wir begreifen uns als Gruppe der Direkten Aktion. Wir beteiligen uns an den ständigen Aktionen zivilen Ungehorsams gegen die Besatzung. Diese bergen viel Arbeit und zahlreiche Risiken, die unsere Gruppe vom Label ‚Normalisierer‘ befreien.“²⁸

Die genaue Zahl der Verweigerer während und nach der Zweiten Intifada ist schwer zu schätzen, da sich nicht alle öffentlich bekannten, sondern viele lieber den Weg der „grauen“ Verweigerung wählten oder von ihren Vorgesetzten innerhalb der Armee auf andere Funktionen versetzt wurden. *Yesh Gvul* nennt in ihrem Jahresbericht 2003 eine Zahl von 1.233 Soldaten, Reservisten und Jugendlichen, die seit Beginn der Intifada angekündigt hätten, den Dienst in den Besetzten Gebieten zu verweigern. Die Mehrheit von ihnen habe bereits mindestens einmal verweigert, 280 von ihnen seien seit 2000 deshalb bereits im Gefängnis gewesen. 2004 wurden laut *Yesh Gvul* 37 Soldaten und Wehrpflichtige inhaftiert, wobei die Zahl der Inhaftierungen in der zweiten Jahreshälfte deutlich absank. Die Verweigererzahl insgesamt stieg lediglich um etwa 160. Diese Entwicklung setzte sich in den folgenden Jahren fort. 2006, im Jahr des zweiten Libanonfeldzugs, wurden dreizehn Reservisten und Wehrpflichtige aufgrund ihrer Verweigerung bestimmter Arten oder des gesamten Militärdienstes inhaftiert; sechs von ihnen hatten am Krieg im Libanon nicht teilnehmen wollen, weil sie ihn als ungerechtfertigt betrachteten.²⁹

Verweigerung von Rechts

Im Sommer 2005 musste sich die Armee plötzlich mit einer ganz anderen Sorte Verweigerer auseinandersetzen. Rabbiner und Führer der Siedlerbewegung riefen Soldaten und Reservisten dazu auf, sich nicht an der geplanten Räumung der Siedlungen im Gazastreifen oder der Verhinderung von Widerstand gegen diese Räumung zu beteiligen. „Ein Rabbiner

²⁶ „Crack the obedience wall“, a.a.O.

²⁷ Osama Abukaresh in einer E-Mail an die Autorin, 18.01.2008

²⁸ Osama Abukaresh, a.a.O.

²⁹ Vgl. www.yeshgvul.org/articles

erteilte eine halachische³⁰ Anweisung, in der er warnte, der Himmel könne Polizisten und IDF-Soldaten, die sich am Abzug beteiligten, mit Krebs oder tödlichen Verkehrsunfällen bestrafen.“ Es gab Unruhe in der Armee. Man fürchtete, ganze Einheiten der *Hesder Yeshivot*, in denen Yeshiva-Studenten Armeedienst leisten und gleichzeitig ihrem Torahstudium nachkommen können, würden den Einsatz zur Räumung der Siedlungen verweigern. Am 10. August 2005 war in der israelischen Tageszeitung *Haaretz* von 40 Soldaten und Offizieren der israelischen Armee zu lesen, die am Truppenrückzug aus Gaza, der Räumung der dortigen Siedlungen oder der Eindämmung gegen diese Räumung gerichteter Demonstrationen verweigerten.“³¹ Vier Wochen später berichtete die Zeitung dann: „Hunderte von Zwölfklässlern, die vor der Einberufung in die Israelische Verteidigungsarmee stehen, haben eine Petition unterschrieben mit dem Titel: „Petition der Jugend: ‚Wir werden uns nicht in die IDF einziehen lassen – Eine Armee der Vertreibung und Zerstörung‘.“ In der Petition hieß es: „Ich werde mich weigern als Soldat in einer Armee zu dienen, die Juden aus ihren Häusern vertreibt, einer Armee, die gegen ihr eigenes Volk kämpft, die Synagogen und Yeshivot zerstört, die das Leben von 15.000 Juden ruiniert hat und durch deren Taten der Terror gestärkt wird.“³² Bei der Einberufung dieser Jugendlichen ein Jahr später scheint die Armee jeglicher Auseinandersetzung aus dem Weg gegangen zu sein und sie als untauglich ausgemustert zu haben.³³ Eine ähnliche Bewegung ist zu erwarten, falls eine Räumung von Siedlungen in der Westbank anstehen sollte.³⁴

Die Armee und die Verweigerer

Die israelische Armee hat im Umgang mit Verweigerern über die Jahre ihren eigenen Stil entwickelt. In der Regel geht sie einer offenen Konfrontation aus dem Weg und betraut die Verweigerer einfach mit anderen Aufgaben oder entfernt sie aus ihrer Einheit. Klappt ein solcher Handel nicht, so versucht sie die politische Argumentation der Verweigerer zu ignorieren.

PazifistInnen z.B. wird ihre Motivation oft von vornherein abgesprochen. Beantragen sie – gemäß §§ 36 bzw. 39 Defense Service Law – ihre Freistellung vom Armeedienst, wird ihnen eine Prüfung durch das *Committee for Granting Exemptions from Defense Service for Reasons of Conscience*³⁵, kurz *Conscience Committee*, mit der Begründung verweigert, ihre Verweigerung sei politisch und nicht pazifistisch motiviert. Frauen gegenüber zeigt sich die Armee meist großzügiger.

Ca. 90 % der Anträge der Männer und 10 % der Anträge der Frauen, die vor ihm erscheinen dürfen, lehnt das *Conscience Committee* ab. Es ist Teil der Armee, bis Februar 2002 saßen auch nur Armeevertreter am Tisch. Seitdem wurden auch einige Zivilisten hinzu berufen, darunter hochrangige Reserveoffiziere, die bereits in der Zeit ihres aktiven Diensts in dem Ausschuss mitgearbeitet hatten. Berufung gegen die Entscheidung des *Conscience Committee* ist nur beim Obersten Gerichtshof möglich. Wer trotz Ablehnung seines Antrags keinen Armeedienst leisten will, sieht sich mit denselben Disziplinarmaßnahmen konfrontiert wie andere Totalverweigerer oder Teilverweigerer, die ihre Haltung politisch und öffentlichkeitswirksam vertreten.

Deren Verhalten behandelt das Militär nämlich schlicht als Befehlsverweigerung, ein Vergehen, über das es per Disziplinarverfahren selbst entscheiden kann. So ein Disziplinarverfahren dauert etwa zehn Minuten und findet vor einem Offizier innerhalb der

³⁰ Halachisch: auf dem jüdischen Religionsgesetz, der Halacha, beruhend

³¹ Amos Harel: „First IDF paratrooper refuses to carry out disengagement-related orders“, *Haaretz*, 10.08.2005

³² Nadav Shragai: „Education Ministry formulating plan to deal with military refusal“, *Haaretz*, 05.09.2005

³³ Nadav Shragai: „IDF 'using psychiatric clause to exempt settlers from draft'“, *Haaretz*, 05.12.2006

³⁴ Nadav Shragai: „Rightist manifesto: Settler evacuation is 'crime against humanity'“, *Haaretz* 27.11.2007

³⁵ Komitee zur Bewilligung der Entlassung aus dem Verteidigungsdienst aus Gewissensgründen

jeweiligen Einheit statt. Der Angeklagte hat keinen Anspruch auf anwaltliche Vertretung oder eine angemessene Vorbereitung auf das Verfahren. Ihn erwartet eine Arreststrafe von bis zu 35 Tagen, in der Regel werden 14 bis 21 Tage Arrest verhängt. Seit 1983 enthält das israelische Militärreglement einen Passus, demzufolge „ein Soldat, der sich weigert, dort zu dienen, wo er hingeschickt wird, (...) zusammen mit seiner Verurteilung zu einer Haftstrafe ohne vorherige Benachrichtigung eine neue Einberufung zum Reservedienst erhalten“ soll. So wird ein Kreislauf von Einberufung, Verweigerung und Disziplinarstrafe in Gang gehalten. Wer sich auch nach mehrfachen Arreststrafen beharrlich weigert, dem Druck nachzugeben, wird ausgemustert. Hierzu bedient sich die Armee gern der sogenannten *Unsuitability Committees*, die sich eigentlich mit Personen befassen sollen, die aufgrund von Verhaltensstörungen für den Armeedienst ungeeignet sind. Gelegentlich wird Verweigerern auch eine schlechte psychische Verfassung attestiert, um sie ausmusteren zu können. Grundsätzlich kann die Armee Befehlsverweigerer auch vor das Militärgericht stellen. Bis in die Hoch-Zeit der Verweigererbewegung während der Zweiten Intifada hinein hat die Armee dies mit wenigen Ausnahmen jedoch vermieden. Auch die VerweigererInnen selbst haben nicht die Behandlung ihrer Sache vor dem Militärgericht gefordert, da dieses im Falle einer Verurteilung wegen Befehlsverweigerung Haftstrafen bis zu drei Jahren verhängen kann. David Zonsheine, Oberleutnant der Reserve und Mitinitiator des Briefs der Offiziere vom Januar 2002, war der erste Verweigerer, der eine Verhandlung vor dem Militärgericht durchsetzen wollte. Er wollte dort die Gründe für sein Handeln unter Beweisantritt darlegen und damit – neben seinem Recht auf Verweigerung des Kriegsdiensts – die Rechtmäßigkeit der israelischen Militäreinsätze und -aktionen in den Besetzten Gebieten zum Thema machen. Er wandte sich deshalb an den Obersten Gerichtshof Israels; dieser sollte die Armee anweisen, seinen Fall vor dem Militärgericht zu verhandeln. Weitere sechs Unterzeichner des Briefes schlossen sich ihm an. Am 30. Dezember 2002 fiel das Urteil: Ein grundsätzliches Recht auf Verweigerung bestimmter Arten des Wehrdiensts bestehe nicht. Das Gericht äußerte zwar Verständnis, dass Reservisten den Dienst aus Gewissensgründen verweigert hätten. Es würde aber „die Bande schwächen, die uns als Nation zusammenhalten“, dies für rechtens zu erklären.

Gegenüber den Totalverweigerern gab das Militär Ende 2002, Anfang 2003 seine Zurückhaltung auf. Als ersten traf es Yonathan Ben Artzi, einen erklärten Pazifisten. Wiederkehrendes Thema aller Verfahrenshandlungen gegen ihn war die Frage, ob seine Verweigerung pazifistisch oder politisch begründet sei. Im November 2003 sprach ihn das Militärgericht der Befehlsverweigerung schuldig und forderte im Übrigen die Armee auf, seinen Fall nochmals vor dem *Conscience Committee* verhandeln zu lassen. Dieses erklärte ihn zwar „untauglich aufgrund fehlender Motivation“³⁶ jedoch wurde sein Fall bis zum Oktober 2007 zwischen Armee, *Conscience Committee*, Militärgericht und Oberstem Gerichtshof hin und her geschoben. Erst im Oktober 2007 endete das Verfahren vor Israels Oberstem Gerichtshof mit einem Vergleich. „Die Vereinbarung besagt, dass ich nicht ins Gefängnis muss, sondern nur zwei Monate auf Bewährung bekomme, und dass ich meinen pazifistischen Anschauungen treu geblieben bin. Das ist ein schwerer Schlag für eine Staatsanwaltschaft, die die gesamte Sache mit dem Ziel begonnen hat, mich (wie die Fünf) mindestens ein Jahr ins Gefängnis zu bringen.“

Bis dahin hatte Yoni vier Mal vor dem *Conscience Committee* gestanden, vier Rechtsbeschwerden beim Obersten Gerichtshof eingelegt, einen Militärgerichtsprozess und ein Berufungsverfahren gegen dessen Urteil sowie über 540 Tage im Arrest hinter sich gebracht.

³⁶ Annual Report 2003 of the Observatory for the Protection for Human Rights Defenders and the Report on the Mission of Observation mandated by the Observatory, “Israel: Conscientious Objection tackled by military justice/ Ben Artzi trial (7-10 October 2003)”, Dezember 2003

Das Verfahren gegen „die Fünf“, auf das sich Yoni bezieht, begann mit der Anklage gegen Haggai Matar. Haggai war einer der Initiatoren des Briefes der *Shministim* vom August 2001. Er verstand sich nicht als Pazifist; er weigerte sich, in einer Besatzungsarmee zu dienen und sich an den Aktionen der israelischen Armee gegenüber den Palästinensern zu beteiligen. Als die Armee ankündigte, ihn vors Militärgericht stellen zu wollen, forderten vier weitere *Shministim*, Matan Kaminer, Shimri Tzameret, Adam Maor und Noam Bahat, ihre Sache ebenfalls vor dem Militärgericht zu verhandeln. Sie waren entschlossen, dem härteren Kurs, den die Armee offensichtlich gegenüber den Totalverweigerern einschlagen wollte, offensiv zu begegnen.

Als das Militärgericht sie am 4. Januar 2004 zu einem Jahr Gefängnis verurteilte, hatten sie bereits 12 Monate im Arrest bzw. – während des Militärgerichtsverfahrens – in einer Art Offenen Vollzugs verbracht. Diese Haftzeiten wurden auf das Urteil nicht angerechnet. Das Gericht sprach auch nicht die Empfehlung aus, sie während der Haftzeit noch einmal dem *Unsuitability Committee* vorzustellen, damit dieses über ihre Tauglichkeit entscheide. Das Strafmaß begründete das Gericht unter anderem mit der Behauptung, sie hätten nicht in erster Linie ihrem Gewissen folgend den Wehrdienst verweigern wollen, sondern seien „hauptsächlich von dem Wunsch getrieben (...), den Widerstand gegen die Politik der Regierung in den Gebieten auszuweiten und eine große Zahl anderer dazu zu bewegen, in ihre Fußstapfen zu treten, indem sie entweder die Einberufung oder den Dienst in den Gebieten verweigern.“ Nach einigen Monaten wurden die Fünf vom Militär- in ein Zivilgefängnis verlegt. Die Armee fand, sie würden andere Soldaten aufhetzen und vom rechten Wege abbringen. Im September 2004 wurden sie dann vorzeitig aus der Haft entlassen. Einberufen hat die Armee sie nicht mehr.

Mit diesen Verfahren wollte der israelische Staat ein Zeichen setzen und mögliche Verweigerer abschrecken: Wer den Dienst in der israelischen Armee verweigert und mit seiner Meinung über die Politik des israelischen Staats in den Besetzten Gebieten nicht zurückhält, sollte nicht mehr mit Nachsicht rechnen können.

Die „grauen Verweigerer“

Tamar Berger, Mitglied des *Parents' Forum*, einem Zusammenschluss der Eltern von Verweigerern, geht davon aus, dass die Armee ihr Ziel nicht erreicht hat. Zwar seien die Verweigererzahlen seit 2004 stetig gesunken, doch „Der vielleicht wichtigste Effekt des Verfahrens ist, dass ein wachsender Prozentsatz von Leuten überhaupt nicht mehr zur Armee geht. (...). Auf gewisse, vielleicht paradoxe Art und Weise hat der Prozess diese andere Art der Verweigerung legitimiert.“³⁷ Diese „andere Art“ der Verweigerung wird in Israel „graue Verweigerung“ genannt. Im Zuge der Zweiten Intifada hat *New Profile* Kontakt zu einer ganzen Reihe von Leuten bekommen, die dem Armeedienst aus wirtschaftlichen Gründen einfach ferngeblieben und deshalb inhaftiert worden waren, und hat sie finanziell und emotional unterstützt.

„Die meisten Verweigerungen bleiben unausgesprochen und unbemerkt“, so Rela Mazali, Aktivistin von *New Profile*. Die meisten gingen den Aufrufen zum Reservedienst aus dem Weg, indem sie ins Ausland reisten oder sich – im wahrsten Sinne des Wortes – versteckten. Andere ließen sich aus medizinischen oder psychologischen Begründungen freistellen. Die Verweigererbewegung sei weitaus größer als die erklärte Verweigerung aus Gewissensgründen. „Auch wenn nicht alle, die diesen Weg wählen, links sind, offenbaren ihre Aktionen doch Misstrauen gegenüber der Regierung und dem Militär. Sie laufen in der

³⁷ „Crack the obedience wall“, a.a.O.

Realität auf eine Zurückweisung der israelischen Maximen ‚unsere Existenz ist in Gefahr‘ und ‚wir haben keine andere Wahl‘ hinaus.³⁸

Tatsächlich haben nach Armeeangaben ca. 28 % der männlichen und 44 % der weiblichen potentiellen Rekruten 2007 ihren Armeedienst nicht angetreten.³⁹ Weitere 17,5 % der Rekruten scheidet, ebenfalls nach Armeeangaben, ohnehin vorzeitig aus dem Dienst aus,⁴⁰ so dass insgesamt nur 57 % aller Wehrpflichtigen ihren gesamten Dienst absolvieren.

7,3 % der Wehrpflichtigen wurden aus medizinischen Gründen zurück- oder ganz vom Dienst freigestellt, zwei Drittel von ihnen aus psychologischen Gründen. Die Zahl Letzterer ist seit 2001 um ein Drittel gestiegen, eine Entwicklung, die der IDF Sorgen macht. Diese Zahl scheint gering, sie spiegelt jedoch die steigende Zahl derer wieder, die sich dem Dienst in der Armee unter Vorspiegelung mentaler Probleme entziehen.

Die größte Gruppe unter den frei- oder zurückgestellten männlichen Rekruten waren allerdings mit 11,2 % die Schüler der *Yeshivot*. Ihre Zahl steigt: 2006 machten sie noch 9,8 % ihres Jahrgangs aus. 2019 werden es – wenn es so weitergeht – 25 % sein. Von den Frauen des Militärjahrgangs 2007 wurden 35 % aus religiösen Gründen freigestellt.⁴¹

Auch die ReservistInnen sind nicht mehr ohne Weiteres zum Dienst bereit. Versuche, den Reservedienst während der Zweiten Intifada auszuweiten, scheiterten am entschlossenen Widerstand der Betroffenen. Eine beträchtliche Zahl von ReservistInnen, nach Schätzungen von *New Profile* ca. zwei Drittel, tritt ihren Dienst gar nicht erst an. Gerade Mitglieder der ärmeren Bevölkerungsschichten müssen ihre Familien ernähren oder finanziell unterstützen und fürchten um ihre Arbeitsplätze. „Die israelische Gesellschaft unterstützt die Reservisten nicht“, polterte Verteidigungsminister Ehud Barak im Sommer 2007 gegenüber einem Reporter. „Die Arbeitgeber feuern sie und Universitätsdozenten geben ihnen keine Alternativtermine für Prüfungen.“⁴²

VertreterInnen von *New Profile* betonen, der israelische Staat habe im Zuge der Zweiten Intifada eine noch nie dagewesene Schwächung eines ihn tragenden Konsenses erlebt, der kaum wieder zurückzudrehen sein werde: Die Allmacht und die Legitimität seiner Armee werde in Frage gestellt.⁴³ Dies finde nicht nur in der steigenden Zahl „grauer Verweigerer“ seinen Ausdruck, sondern ebenso in der Verweigererbewegung von Rechts.⁴⁴

Diese Entwicklung beunruhigt Verteidigungsministerium und Armeeführung. Eitan Cabel, Generalsekretär der Arbeitspartei und Knesset-Mitglied, hat gemeinsam mit dem Verteidigungsministerium und der Armee einen Gesetzesvorschlag erarbeitet, dessen Ziel es ist „den *national service* für jeden Jugendlichen, der nicht in der Armee dient, zur Pflicht zu machen.“⁴⁵ Andernfalls sieht das Gesetz drakonische Strafen vor. Diese reichen vom Verlust des Wahlrechts über das Verbot, einen Führerschein zu erlangen, bis zum Ausschluss vom Studium der Medizin oder Psychologie. „Wer nicht bereit ist, die Last auf sich zu nehmen, die Sicherheit des israelischen Staats zu gewährleisten, muss mitwirken beim Schutz des Waldes oder den Senioren über die Straße helfen“, sagt Cabel.⁴⁶

Dabei wird der Begriff des „Drückebergers“ willkürlich auf alle ausgedehnt, die keinen Armeedienst leisten, selbst wenn sie nicht einmal einberufen werden, wie die

³⁸ Maya Schenwar: „The Refusers: Israeli Conscientious Objectors Raise a Voice Against Violence“, 25.04.2007, www.selvesandothers.org/article15982.html

³⁹ Yuval Azulay: „MK proposes bill to strip draft-dodgers of right to vote“, Haaretz, 11.01.2008

⁴⁰ Mijal Greenberg: „IDF: Nearly 28% of Israeli males avoided conscription in 2007“, Mijal Grinberg, Haaretz, 06.11.2007;

⁴¹ Mijal Greenberg, a.a.O.;

⁴² Haaretz Pressedienst: „Barak: Draft dodgers must face public scorn, carry 'mark of Cain'“, Haaretz, 30.07.2007

⁴³ Ruth Hiller und Sergej Sandler, a.a.O.;

⁴⁴ Sergej Sandler in einer E-Mail vom Oktober 2005 an die Autorin

⁴⁵ Yuval Avulay, a.a.O.

⁴⁶ Yuval Avulay, a.a.O.

palästinensischen Bürger und Bürgerinnen Israels, wenn das Gesetz ihre Freistellung vorsieht, wie bei den Ultraorthodoxen, oder wenn die Armee selbst sie aufgrund von Vorstrafen oder Untauglichkeit ausmustert.⁴⁷

Beitrag statt Verweigerung

Trotz allem ist die israelische Bewegung der Kriegsdienstverweigerer klein und ihre Bedeutung relativ. Sicherlich trifft es zu, dass die Verweigererbewegung und die Öffentlichkeit, die ihr die renommierten Verweigerergruppen und die Gerichtsprozesse verschafft haben, andere überhaupt erst auf die Idee brachten, sich dem Armeedienst zu entziehen. Jedoch dürften jene, die den Dienst in der Armee nicht leisten wollen, weil sie ihn sich schlicht nicht leisten können, ohnehin kaum eine andere Wahl haben. Bei anderen stellt sich die Frage, inwieweit die Vermeidung des Armeediensts durch die „grauen Verweigerer“ im Zeitalter der Globalisierung Ausdruck der auch in Israel um sich greifenden, zunehmenden Individualisierung ist, in der nur noch das eigene und nicht mehr das Gemeinwohl im Vordergrund steht:

„Die israelische Mittelklasse ist auf den freien Markt vorgestoßen. Diese Klasse hat ihr Zentrum in Tel Aviv, weit weg von den Armen im Negev oder in Galiläa, die so unsichtbar geworden sind wie die Araber. Sie zögert, ihre Kinder in den Krieg zu schicken. Immer mehr meiden die Armee. In der Mittelschicht ist es kein Makel mehr, nicht gedient zu haben. Sie gehen aufs College und in leichte Jobs und schließen sich ihren Eltern in der obersten Gesellschaftsschicht an. Wie sich der Einsatz verändert hat, wird offensichtlich, wenn wir die Verluste auf dem Schlachtfeld betrachten. Im ersten Libanonkrieg, 1982, waren die Hälfte der Todesopfer säkulare Aschkenasim. Im Krieg 2006 war ihre Zahl auf ein Viertel gesunken, während die der Misrachim⁴⁸, sowie der sowjetischen und der äthiopischen Einwanderer gestiegen ist.“⁴⁹

Auch die politisch bewusste, linke Verweigererbewegung ist ein Produkt der Globalisierung, die die gesellschaftlichen Zwänge reduziert und den Referenzrahmen erweitert hat. Die Mehrzahl der Verweigerer stammt – wie die meisten der übrigen israelischen Friedensaktivisten – aus der aschkenasischen Mittelschicht mit relativ hohem Bildungsniveau und finanzieller Absicherung. Sie haben im Alltag kaum Berührungspunkte mit jüdischen Israelis aus den Randgebieten des Landes und den Entwicklungsstädten⁵⁰.

Die Verweigererbewegung ist aber in keiner Weise individualistisch, sie stellt auch das Gemeinwohl nicht hintan. Sie nutzt die neuen Möglichkeiten, um auf die gesellschaftliche und politische Entwicklung Israels Einfluss zu nehmen. Sie argumentiert häufig mit dem Wohl Israels und dem Schaden, den die Besatzung nicht nur der palästinensischen sondern auch der israelischen Bevölkerung zufügt. Ihre Mitglieder sind aktiv, gerade weil Solidarität und der „Beitrag zur Gesellschaft“ für sie von hoher Bedeutung sind. Vielleicht ist das der Grund, warum in der Diskussion über die Verpflichtung zum national service die Frage nach der generellen Legitimität von Zwangsdiensten in Israel keine Rolle zu spielen scheint. Auch die Frage, inwieweit die Dienstverpflichteten dann in nur scheinbar rein zivilen Bereichen des Kriegsdienstes, wie Krankenhäusern, Zivilschutz etc., zum Einsatz kommen werden, scheint

⁴⁷ Bis zum Zeitpunkt des Abschlusses der Arbeit an diesem Artikel im März 2008 hatte der Gesetzesentwurf noch nicht Gesetzeskraft erlangt.

⁴⁸ Juden nahöstlicher und afrikanischer Abstammung

⁴⁹ Yacov Ben Efrat: „Lebanon II: The Wider Picture“, Challenge – A Magazine Covering the Israeli-Palestinian Conflict, Nr. 100

⁵⁰ Entwicklungsstädte wurden gezielt aufgebaut und gefördert, um die große Zahl jüdischer Neueinwanderer aufzufangen und gleichmäßiger über den neuen Staat verteilen. Tatsächlich stagniert die Entwicklung der meisten dieser Städte und sie liegen in sozialer, ökonomischer und infrastruktureller Hinsicht weit hinter den Zentren des Landes zurück.

sich nicht zu stellen. Selbst in israelischen Verweigererkreisen wird die neue Entwicklung in erster Linie unter dem Aspekt diskutiert, was die Verpflichtung zum *national service* für die arabischen BürgerInnen Israels bedeutet.

Die Verweigerer sind auf Demonstrationen für das Bleiberecht von Flüchtlingen aus Darfur und auf Kundgebungen zur Unterstützung inhaftierter KollegInnen zu treffen; sie helfen PalästinenserInnen in den Besetzten Gebieten bei der Olivenernte; sie beteiligen sich an der Organisation von Nahrungsmittelkonvois in den isolierten Gaza-Streifen; sie demonstrieren gemeinsam mit PalästinenserInnen in Bil'in und an anderen Orten gegen die Mauer. Sie verteilen Flugblätter gegen die Besatzung, gehen an Schulen und machen Straßenaktionen verschiedenster Art.

Sie sind präsent und unübersehbar, innerhalb der jüdisch-israelischen Gesellschaft jedoch isoliert – politisch wie sozial. Dies trifft besonders die älteren unter ihnen, die durch ihre Entscheidung, keinen Kriegsdienst mehr zu leisten, oft aus ihrem sozialen Umfeld herausfallen, ausgeschlossen werden und sich völlig neu orientieren müssen. Dazu gehört auch der Bruch mit gewohnten Denkweisen und Orientierungen. Für die Jüngeren ist dies oft leichter, auch wenn manche Probleme mit der Familie haben. Sie treffen die Entscheidung zu verweigern, zu einem Zeitpunkt, zu dem sie ihr Leben und Umfeld gerade ausgestalten.

Kontakte zur arabisch-israelischen Gesellschaft gibt es, soweit es sich um arabische NGOs und Intellektuelle handelt. Von der Mehrheit der arabischen Gesellschaft Israels sind die Verweigerer wie die Friedensbewegung insgesamt – ganz abgesehen von den ethnischen und kulturellen Grenzen – schon durch die unterschiedliche Klassenzugehörigkeit getrennt. Allerdings stellt die Verweigererbewegung mit ihrer Bereitschaft, für ihre Überzeugung auch persönliche Risiken einzugehen und über die Kriegsdienstverweigerung hinaus gemeinsam mit PalästinenserInnen gegen die Besatzung zu kämpfen, ein Bindeglied zwischen der israelischen und der palästinensischen Realität dar. Sie sind die Vision eines anderen Israels. „Ich vertraue meinen israelischen Kameraden“, schreibt Osama Abukaresh, „weil sie gesellschaftlich an vielen Punkten ebenso stigmatisiert sind wie wir Palästinenser. Darüber hinaus haben sie sich zur Verweigerung des Armeedienstes entschlossen, und dieser Entschluss kann Bestrafungen nach sich ziehen, Ausgrenzung oder gar Haft. Weil sie bereit sind, Risiken einzugehen, die rote Linie zu überschreiten und viele unserer Ansichten teilen, vertrauen wir ihnen tatsächlich nicht nur als Partner, sondern als Freunde.“⁵¹

⁵¹ Osama Abukaresh, a.a.O.